

DKP-Informationen

Nr. 5/2018 - 20. Juni 2018

2. Tagung des Parteivorstandes 16./17. Juni 2018 Essen

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen

- Eigendruck -

Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Versandkosten)

2. Tagung des Parteivorstandes 16./17. Juni 2018, Essen

Inhalt

- Referat: Zur Friedenspolitik der DKP
- Beschlüsse
- Weitere Materialien

Tagesordnung

1. Beschlusskontrolle
2. Referat: Zur Friedenspolitik der DKP
Referent: Björn Schmidt, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes
3. Kampagne „abrüsten statt aufrüsten“
4. Herangehen der DKP an die EU-Wahlen
5. 20. UZ-Pressesfest
6. Zur Situation der DKP Brandenburg
7. Bericht vom 22. Bundeskongress der SDAJ
Referentin: Lena Kreymann, Bundesvorsitzende der SDAJ
8. Beschlussfassungen und Weiteres
9. Schlusswort

2. Tagung des Parteivorstandes 16./17. Juni 2018, Essen

Unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.

Zur Friedenspolitik der DKP

Björn Schmidt, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes

Liebe Genossinnen und Genossen,

nachdem ich am vorletzten Freitag auf der Friedenskundgebung der Nordbremer Bürger gegen den Krieg zum Thema „Frieden mit Russland“ gesprochen habe, sagte hinterher einer der Teilnehmer zu mir: „Die DKP ist die einzige Partei, die sich klar und deutlich zum Frieden mit Russland positioniert.“ Eigentlich ein nettes Lob, könnte man meinen, aber es zeigt leider auch, dass die politische Linke insgesamt ihrer Verantwortung, der Aggression gegen Russland etwas entgegenzusetzen, nicht ausreichend nachkommt. Besser wäre es, wenn wir nicht die einzige Partei wären.

Der Bundesparteitag der Partei DIE LINKE brachte es am letzten Wochenende fertig, einen entsprechenden Antrag mit Verweis auf Russlands offenbar negativ bewertete Rolle in Syrien und der Ukraine abzulehnen. Das ist deswegen bedauerlich, weil es viele Genossinnen und Genossen in der PDL gibt, die unermüdlich für den „Frieden mit Russland“ wirken und dabei auch mit uns solidarisch zusammenarbeiten.

Wenn wir heute über Russland sprechen, dann fällt eine Sache sofort auf: Es geht ein tiefer Riss durch dieses Land. Ich spreche von dem, was die Mehrheit der Menschen über das Verhältnis zu Russland *denkt* und das, was die Bundesregierung *macht*. Im März hat das Meinungsforschungsinstitut FORSA im Rahmen einer Umfrage ermittelt, dass 91 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass von Russland keine Gefahr droht. Insbesondere jüngere Menschen gaben an, überhaupt keine Angst vor Russland zu haben. 98 Prozent der insgesamt 1.006 Befragten der 18- bis 29-Jährigen sehen keine Gefahr von Moskau ausgehen. Der Forsa-Chef Manfred Güllner fasst dies so zusammen: „Anders als zu Zeiten des Kalten Krieges fürchten sich heute nur noch ganz wenige Deutsche vor Russland. Daran hat sich auch durch den Ukraine-Konflikt nichts geändert.“ Eine andere Meinungsumfrage ermittelte im März, dass sich satte 58 Prozent der Deutschen eine Annäherung der Bundesrepublik an Russland wünschen.

Und was macht die Bundesregierung? Das genaue Gegenteil. Die ständigen Vorwürfe

gegenüber der russischen Regierung werden immer schriller. Man könnte fast meinen, die Bundesregierung leide unter Verfolgungswahn. Schon im sogenannten Weißbuch der Bundeswehr hat die Bundesregierung vor zwei Jahren eine interessante neue Verschwörungstheorie entwickelt: „International präsentiert sich Russland als eigenständiges Gravitationszentrum mit globalem Anspruch. Hierzu gehört auch eine Erhöhung russischer militärischer Aktivitäten an den Außengrenzen von Europäischer Union und NATO.“ Soso, möchte man meinen, das ist aber ganz schön frech von Russland, dass es seine Westgrenze direkt neben die NATO gelegt hat und dann auch noch Militär auf seinem eigenen Territorium bewegt! Als ob es nicht die NATO war, die ihre Ost-Grenze immer weiter Richtung Russland verschoben hat!

Der Aufbau des Feindbildes Russland geht ungebremst weiter. Mit der sogenannten Stapel-Taktik werden Halbwahrheiten und Lügen in so hoher Taktrate ausgegeben, dass sich manche Anhängerinnen und Anhänger eines gutnachbarschaftlichen Verhältnisses zur Russischen Föderation argumentativ ohnmächtig fühlen. Ein paar Schlagzeilen der letzten Tage:

- „Reise durch das WM-Land. Wo aus kleinen Jungs treue Soldaten für Putin gemacht werden“ (stern.de)
- „Fast jeder zweite Deutsche ist dagegen, dass Merkel zur WM reist“ (DIE WELT)
- „Brasilien warnt Fans vor homosexuellen Zärtlichkeiten in Russland“ (SPIEGEL ONLINE)
- „Die WM in Russland ist umstritten, es gibt Vorwürfe zu den Arbeitsbedingungen, den Menschenrechten und Korruption“ (ARD Sportschau)
- „Putin: Der geheimnisvolle Hooligan, der die Macht ergriff“ (kurier.at)

Alle diese Punkte dienen zur Stimmungsmache für die westliche Anti-Russlandpolitik. Dabei wird nicht immer ungeschickt agiert, sondern an Themen angeknüpft, die die Menschen hierzulande bewegen, wenn sie an Russland denken, vor allem fehlende demokratische und soziale Rechte vielerlei Art. Der Propaganda-Trick besteht darin, die moralische Empörung aus der Position eines „zivilisatorisch höher stehenden“, „liberalen“ und

„fortschrittlichen“ Westens mit der Notwendigkeit außenpolitischen Drucks bis hin zu militärischen Maßnahmen wie Aufrüstung zu verbinden. Wir sollten vor diesen Diskussionen nicht zurückschrecken und unseren Standpunkt deutlich sagen:

- Eine Entspannungspolitik mit Russland darf keine Bedingungen und Voraussetzungen haben, sonst hat sie keine Chance und findet nicht statt.
- „Der Westen“ hat kein Recht, in die inneren Verhältnisse Russlands in irgendeiner Form einzugreifen. Auch jedes Volk im Westen hat das Recht, selbst über seine Zukunft ohne äußere Einmischung zu bestimmen.
- Soziale und demokratische Rechte der Mehrheit der russischen Bevölkerung wie auch unterdrückter Minderheiten können nur im Frieden, d.h. ohne Drohungen der NATO und sonstiger westlicher Organisationen erkämpft werden.

Nicht jeder Friedenskämpfer teilt unsere Sichtweise, insbesondere auf Russland. Das ändert für uns nichts daran, die herrschende Kriegspolitik gemeinsam mit allen Friedensfreunden zu bekämpfen, egal aus welcher Motivation sie jeweils heraus handeln. Natürlich ist das dieses Jahr in allererster Linie die Kampagne „abrüsten statt aufrüsten“, zu der wir nun schon über 13.000 Unterschriften beisteuern konnten. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist ein toller Erfolg und ich möchte stellvertretend für das Sekretariat allen Aktiven ein großes Dankeschön aussprechen.

Auch der 21. ordentliche Bundeskongress des DGB, der vom 13. bis 17. Mai in Berlin stattfand, beschäftigte sich mit Abrüstung. Bereits im Leitantrag findet sich die Position, dass die Forderung der NATO nach einer Erhöhung der Rüstungsetats auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts völlig verfehlt ist und deshalb abgelehnt wird. Mit dieser Passage im Leitantrag sollten zwei friedenspolitische Anträge als erledigt gelten. Dieses jedoch wurde dadurch verhindert, dass ein Änderungsantrag vorlag, der den Bundeskongress aufforderte, den Appell der Friedensbewegung „abrüsten statt aufrüsten“ zu unterstützen und bis zum Jahresende dafür 100.000 Unterschriften zusammen. Nach intensiven Beratungen der Antragsberatungskommission gelang es, einen der vormals als erledigt geltenden Anträge zu einem friedenspolitischen Beschluss zu führen. Darin wurde unter anderem beschlossen,

- dass Waffenexporte in Krisen- und Konfliktgebiete sowie an diktatorische oder autokratische Regime grundsätzlich abgelehnt werden,

- die Petition „Abrüsten statt Aufrüsten“ unterstützt wird und
- dass der DGB und seine Gliederungen ihre Zusammenarbeit mit Friedensinitiativen ebenso wie ihr Engagement und ihre Öffentlichkeitsarbeit für Frieden, Abrüstung und internationale Konfliktlösungen weiter verstärken, um zu verhindern, dass das 2-Prozent-Ziel bei den Rüstungsausgaben verwirklicht wird.

Außerdem beschloss der Bundeskongress, dass der DGB sich auf allen Ebenen dafür einsetzt, dass der 8. Mai als gesetzlicher Feiertag durchgesetzt und etabliert wird. In weiteren Debatten ging es u.a. um die Themen Mindestlohn, Arbeitszeit, digitaler Wandel, Klimaschutz, Arbeitsbedingungen, Migration, demographischer Wandel und die Verbindung individueller Beteiligung- und kollektiver Mitbestimmungsrechte. So richtig die vielen Einzelforderungen auch sind, bliebe als Fazit des Bundeskongresses festzuhalten, der DGB hält weiterhin Kurs auf Unterstützung der großen Koalition, verbunden mit der Hoffnung, dass einzelne seiner Forderungen Wirklichkeit werden. Ein Politikwechsel hin zu den originären Wurzeln und Traditionen der Arbeiterbewegung, das Infragestellen der Agenda 2010-Politik findet sich, wenn überhaupt, nur ansatzweise. In der Generaldebatte wurde zu Recht das Wirken des DGB-Vorsitzenden Rainer Hoffmann kritisiert, der innerhalb der SPD für eine große Koalition geworben hatte. Das und nicht zuletzt seine Rechtfertigung dieses Kurses, der im Übrigen keine individuelle Entscheidung war, sondern von allen Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften mitgetragen wurde, führte dazu, dass er nur mit 76 Prozent zum DGB-Vorsitzenden gewählt worden ist.

Liebe Genossinnen und Genossen,

im gewerkschaftlichen Bereich, zumindest unter den aktiven Gewerkschaftern, rennt die Unterschriftensammlung „abrüsten statt aufrüsten“ offene Türen ein. Das zeigen u. a. die Erfolge der Genossinnen und Genossen aus Braunschweig und Essen und das bundesweite Sammeln auf den 1.-Mai-Demos und -Festen. An vielen Orten ist die Partei mittlerweile aktiv; es wird sowohl im persönlichen Umfeld als auch teils im Wochenrhythmus auf der Straße gesammelt. Dabei zeigt sich, dass es – je nach Stadtteil und damit sozialem Umfeld – durchaus Unterschiede in den Gesprächen gibt. Die Aufgeschlossenheit dem Thema Abrüstung gegenüber und die Kenntnis der NATO-Pläne sind nicht immer verbreitet. An manchen Orten dominiert Resignation gegenüber den Plänen der Herrschenden. Damit wird aber auch deutlich, dass die Unterschriftensammlung überhaupt erst eine aufklärende Funktion hat, über die immensen Summen, die in die Rüstung

gesteckt und aus den Sozial- und Gesundheitshaushalten geraubt werden sollen, zu informieren. Auch wenn diese Art der Agitation und Unterschriftensammlung bisweilen mühsamer und zahlenmäßig weniger ergebnisreich ist als beispielsweise das Sammeln auf politischen oder kulturellen Veranstaltungen, so ist sie doch notwendig und wir müssen das als unsere Aufgabe begreifen, ohne das Ziel der 30.000 aus dem Blick zu verlieren. Unterm Strich haben sich aber unsere Einschätzungen bestätigt: Die Kampagne trifft einen Nerv in weiten Teilen der Bevölkerung. Und trotz aller Euphorie meine ich: Es wird eine echte Kraftanstrengung werden, zwei Drittel unserer Zielzahl während der Sommermonate zu sammeln. Zugleich drängt sich der Eindruck auf, dass sie innerhalb der Friedensbewegung und der politischen Linken nicht von allen als zentral angesehen wird, was bspw. die Fokussierung der Kräfte auf die Kampagne betrifft.

Liebe Genossinnen und Genossen,

das bisherige arrogante Verhalten der Bundesregierung gegenüber Russland war leider erst der Auftakt. Am 6. Juni 2018 meldete Spiegel online: „Die Nato rüstet auf: Bis 2020 soll die Reaktionsfähigkeit der Truppen erhöht werden.“ Geplant ist offenbar, je 30 Einheiten von Heer, Luftwaffe und Marine so zu trainieren und auszurüsten, dass sie im Fall einer Krisensituation innerhalb von 30 Tagen einsatzbereit wären. ... Weiter heißt es: „Die Nato hatte nach dem Ende des Kalten Kriegs ihre Kommandostrukturen deutlich zurückgefahren. Wegen der Rolle Russlands in der Ukrainekrise hat das Bündnis seine Truppenpräsenz in Osteuropa inzwischen wieder verstärkt und zieht auch mit den Kommandostrukturen nach. Hintergrund ist die als aggressiv wahrgenommene Politik Russlands. Vor allem östliche Bündnispartner fühlen sich bedroht.“ Außerdem wird noch gemeldet: „Die EU-Kommission schlägt vor, im kommenden Jahrzehnt etwa 6,5 Milliarden Euro in panzertaugliche Verkehrswege zu investieren. Damit sollten von 2021 bis 2027 Schienennetze, Straßen und Brücken ausgebaut werden.“

Wenn die Bundesregierung tatsächlich ein „nachdrückliches Interesse an guten Beziehungen zu Russland“ hat, wie es wörtlich im Koalitionsvertrag heißt, dann müsste sie mit dieser gegen Russland gerichteten Politik Schluss machen, die Sanktionen aufheben, die Teilnahme am Truppenaufmarsch in Osteuropa beenden.

Dies von einer Bundesregierung zu erwarten, die in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten hat, „transatlantischer werden zu wollen“, wäre sicherlich illusorisch. Vor allem, weil diese Passage aus dem Koalitionsvertrag nur als Einleitung zur Begründung einer ansonsten aggressiv-

russlandfeindlichen Politik ist: „Russland verletzt durch seine völkerrechtswidrige Krim-Annexion und das Eingreifen im Osten der Ukraine die europäische Friedensordnung. Diese gegenwärtige russische Außenpolitik verlangt von uns besondere Achtsamkeit und Resilienz.“

Mit einer solchen „Widerstandsfähigkeit“ ist in erster Linie Aufrüstung verbunden, nicht nur quantitativer, sondern auch qualitativer Art: Laut Süddeutscher Zeitung, der nach eigenen Angaben ein Entwurf der neuen „Konzeption der Bundeswehr“, also dem Dachdokument der Gesamtkonzeption der militärischen Verteidigung Deutschlands vorliegt, plant von der Leyen, „die jahrelang vorherrschende Fokussierung auf Auslandseinsätze, die unter anderem als Argument für Einsparungen herhalten musste, zu beenden, und sich künftig ‚gleichrangig‘ wieder der Landes- und Bündnisverteidigung zu widmen.“ Sowohl die SZ als auch andere Medien stellten diesen Bundeswehrrumbau, der mutmaßlich eine Erhöhung der Artilleriebataillone von drei auf 14 beinhaltet, richtigerweise in den Kontext der Konfrontation mit Russland.

Die Stoßrichtung des Bundeswehrrumbaus ist unmissverständlich: Es werden konkrete militärische Maßnahmen ergriffen, um einen Krieg gegen Russland möglich zu machen. Das bedeutet nicht, dass ein solcher kurz bevorsteht – die Kriegsgefahr wächst aber dadurch erheblich. Wenn es gegen Russland geht, hält das westliche Bündnis zusammen. Daran ändern auch die Interessenunterschiede zwischen der EU und den USA unter Trump – beispielsweise in der Iran-Politik – kein bisschen.

Wer auf ein Auseinanderfallen des westlichen Bündnisses gerade angesichts des desaströsen Verlaufs des G7-Gipfels hofft, sollte sich nicht zu früh freuen. Wir sollten genau hinschauen, in welchen Fragen sich die selbsternannten „Herrscher der Welt“ streiten und in welchen Fragen Einigkeit besteht.

US-Präsident Trump überraschte mit dem Vorschlag, Russland wieder einzubeziehen, was postwendend von Merkel und Macron abgelehnt wurde. Jeder Versuch von Trump, auch nur in Ansätzen den Gesprächsfaden mit Russland wieder aufzunehmen, wird – vor allem aus dem eigenen Hause – sabotiert. Das Eindreschen auf Trump – derzeit beliebtester Sport bürgerlicher Kommentatoren – wird maßgeblich aus dem Vorwurf der Russlandfreundlichkeit (und neuerdings Nordkoreafreundlichkeit!) gespeist. Bereits im US-Wahlkampf war deutlich geworden, dass Teile des US-Polit-Establishments eine noch viel härtere Linie gegen Russland bevorzugen würden.

Versteht mich nicht falsch: Den US-Imperialismus anzuprangern sollte uns in der Agitation nicht fremd sein, im Gegenteil – aber wir tapen auch nicht in die Falle derjenigen, die unter dem Deckmantel des Liberalismus oder sogar des Antifaschismus einer US-Politik im Stile Obamas und Clintons den Vorzug gegenüber einer Regierung Trump geben. Die russische Regierung spricht von einem „innenpolitischen Streit“ in den USA, der eine Annäherung unmöglich machen würde. Und auch innerhalb der EU werden Risse in der Russland-Frage deutlich. So war es u. a. die klar ablehnende Haltung der neuen italienischen Regierung gegenüber den Russlandsanktionen, die die dominierenden EU-Staaten auf den Plan riefen. Kein Zufall, dass sich der neue italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte Trumps Vorschlag, Russland wieder in die G7/G8 einzubeziehen, anschloss.

Für uns, aber auch für die ganze Friedensbewegung ist es wichtig, die Risse und Spannungen innerhalb des Imperialismus zu beobachten und daraus Schlüsse zu ziehen. Es gilt, die aggressivsten, militaristischsten Teile der Finanzoligarchien des Westens zu isolieren und auszubremsen, um günstigere Kampfbedingungen für die Völker Europas zu erreichen. Diese aggressivsten Teile gruppieren sich derzeit um die antirussische und antichinesische Stoßrichtung des US-Imperialismus. Die Bundesregierung hat sich voll auf diese Seite geschlagen, das zeigt die jetzt noch aggressivere Russlandpolitik von Maas, von der Leyen, Merkel und Nahles. Und das ist kein Ausdruck einer Politik, die tagesaktuellen Trends folgt oder den jeweils Regierenden auch nur mehrere Optionen bieten würde, aus denen sie wählen könnten. Das grundsätzliche Konfliktfeld im Weltmaßstab, in das sich die Politik jeder deutschen Bundesregierung auf absehbare Zeit einbettet, ist der Konflikt zwischen dem ökonomisch gebeutelten aber militärisch starken Westen und den ökonomisch, aber zunehmend auch politisch aufsteigenden Ländern China, Russland und etlichen Verbündeten.

Am frühesten hatte das Wolfgang Ischinger, der Ausrichter der Münchener Sicherheitskonferenz, erkannt, als er kurz nach Trumps Amtsantritt Anfang 2017 sagte: „Anstatt uns pauschal von den USA abzuwenden, sollten wir mit all jenen zusammenarbeiten, die an einer Bewahrung der transatlantischen Wertegemeinschaft interessiert sind. Dazu scheinen ja auch einige Mitglieder der neuen Regierung zu zählen, die sich erfreulich deutlich zur transatlantischen Partnerschaft und Kontinuität bekannt haben – von den Trump-Gegnern im Kongress ganz zu schweigen. Zweitens ist es nicht so, dass überall auf der Welt Partner Schlange stünden, die mit Europa die liberale Weltordnung verteidigen wollten. [...] Langfristig wird die liberale Weltordnung nur

Bestand haben, wenn sie von beiden Pfeilern der transatlantischen Partnerschaft gestützt wird. Drittens übersehen jene, die jetzt zu einer europäischen Gegenmachtbildung zu den USA aufrufen, dass diese Option in Wahrheit gar nicht besteht. Die Europäer können kurz- und mittelfristig nicht auf die US-amerikanische Sicherheitsgarantie verzichten.“

Zusammengefasst: Das transatlantische Bündnis ist gegenwärtig nicht nur das Trittbrett für den deutschen Imperialismus, es ist die einzige Möglichkeit, nicht nur dem westlichen Abstieg (und dem Aufstieg der BRICS-Staaten) etwas entgegenzusetzen, es ist auch der einzige Rahmen, in dem die Position gegenüber den USA potentiell verbessert werden kann. Dies führt so weit, dass sich die unmittelbaren Profitinteressen des deutschen Kapitals der langfristigen machtpolitischen Strategie des Westens unterordnen müssen. Zwar beschweren sich gerade deutsche Politiker gerne öffentlich über US-Sanktionen gegen Russland und nun auch wieder gegen den Iran. Ernsthafte Konsequenzen bleiben aber aus – das Bündnis mit dem US-Imperialismus ist wertvoller für die Bundesregierung als die Geschäfte mit Russland und dem Iran, das zeigt das löchrige EU-Abwehrgesetz gegen die US-Sanktionen am Beispiel Iran.

Deutlich wird hier, wie es um die Rangfolge im imperialistischen Lager bestimmt ist. Da mag man sich beleidigt als die „wahren Vertreter des Westens“ aufplustern und eine G6 statt G7 ausrufen – es bleibt dabei, dass der US-Imperialismus eine Leitfunktion für den Imperialismus insgesamt ausübt. Der derzeitige Handelsstreit unter Konkurrenten, die auf absehbare Zeit ihre Konkurrenz aber nicht zu dem Preis eskalieren lassen, dass sich ein lachender Dritter – China – freuen könnte.

Zwar teilt Merkel mit, »die Welt« werde »multipolar«, das wiederum bedeute »für uns Europäer, dass wir unsere Stellung im globalen Gefüge neu definieren müssen«. So verbalradikal wie Macron, der gleich eine Isolierung Trumps forderte, mag Merkel sich angesichts drohender Strafzölle auf deutsche Autos jedoch nicht geben. Es bleibt bei der Rolle des US-Juniorpartners, gut symbolisiert durch die prompte Einladung des neuen US-Botschafters durch Heiko Maas' Auswärtiges Amt, nachdem dieser zuvor in Manier eines kolonialen Statthalters geäußert hatte, wie er zukünftig die politische Landschaft Europas gestalten will.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der Tat, die politische Landschaft in der EU verändert sich. Beispiel Italien: Die alten traditionellen Parteien sind vollständig verschwunden, die neuen Parteien Lega und 5-Sterne-Bewegung

feiern einen spektakulären Wahlsieg. De facto hat mit der zunächst versuchten Ablehnung der neugebildeten Regierung durch den italienischen Staatspräsidenten Sergio Mattarella ein Staatsstreich im Auftrag der EU, insbesondere der Regierungen von Macron und Merkel stattgefunden. Was waren die Ursachen dafür? Die neue Regierung hatte es gewagt, einige EU-Austeritätsmaßnahmen in Frage zu stellen bzw. zu unterlaufen. Dazu gehören folgende Planungen des Regierungsprogramms:

- Anschieben der Konjunktur auch mit begrenzten schuldenfinanzierten Ausgaben
- Einführung einer Grundsicherung von 780 Euro im Monat
- höhere Sozialausgaben
- Senkung des Renteneintrittsalters

Hinzu kommt eine deutliche Kritik am Euro und der derzeitigen Verfasstheit der EU. Das Fass zum Überlaufen brachte wohl die Nominierung des Eurokritikers Paolo Savona als Finanzminister.

Macron und Merkel haben, teilweise deutlich, teilweise durch die Blume dem italienischen Präsidenten klar gemacht, was er zu tun hat: Eine solche Regierung nicht abzusegnen. Das hat er, zur Erleichterung „Brüssels“, der „Finanzmärkte“ und etlicher EU-Regierungen getan und im ersten Schritt eine Übergangsregierung mit einem IWF-Technokraten angekündigt. Letztlich scheiterte das Vorhaben der EU und die Regierung wurde mit einem anderen Finanzminister doch noch gebildet. Dazu ist anzumerken: Über den reaktionären Charakter dieser Parteien gibt es keinen Streit. Mir geht es auch nicht darum, dass ihre Anti-EU- und Anti-Euro-Rhetorik möglicherweise ein ähnliches Maß an Demagogie enthält wie einst Tsipras' Reden in einer ähnlichen Situation.

Mir geht es darum: Die herrschenden Kräfte in der EU, insbesondere die deutsche und französische Regierung haben in unfassbarer Machtarroganz einem EU-Mitgliedsstaat eine gewählte Regierung „verboten“. Das ist ein Riesenskandal, der so auch benannt werden muss, gerade in Vorbereitung der nächsten Europawahlen. Aus meiner Sicht ist der präzisen Einschätzung des Genossen Lucas Zeise in der UZ nichts hinzuzufügen: „Da die Krise der EU fortschreitet, versuchen Nationen, sich gegen die EU-Herrschaft zu wehren und sich aus dem Euro-Käfig zu befreien. Diese Versuche werden meist nicht von sozialistischen oder auch nur sozial fortschrittlichen Kräften angeführt. Vielmehr ist zu erwarten, dass eine Abwehrfront in diesen Ländern erst dann politisch einigermaßen wirksam wird, wenn die nationale (Monopol-)Bourgeoisie sich beteiligt. (...) Die Haltung der fortschrittlichen Kräfte in Deutschland dazu ist grundsätzlich nicht anders, als wenn wir es mit

nationalen Abwehrkämpfen in der übrigen Welt gegen die Übergriffe der Imperialisten zu tun haben. Diese antiimperialistische Haltung nehmen wir nicht nur dann ein, wenn Länder wie zum Beispiel Afghanistan, Irak, Libyen oder Syrien mit Krieg überzogen werden, sondern auch wenn die imperialistischen Herrschaftsansprüche noch unterhalb der Schwelle des Krieges vorgetragen werden. In der EU ist der imperiale Herrschaftsanspruch des deutschen Kapitals und seiner Regierung Alltag. Die Knebelung der Südländer mit Hilfe der Geldverfassung, der konditionierten Hilfskredite, der Eingriffe in die nationale Politik, der Aushebelung des Budgetrechts der Parlamente, all das sind Aggressionsakte, die wir bekämpfen. Unser wichtigster Beitrag dürfte dabei sein, diese Aggression im Einzelnen zu schildern, ihren Charakter klarzustellen und sich dagegen politisch zu wehren.“

In Vorbereitung der nächsten sogenannten „Europawahlen“ müssen wir genau beobachten, wie sich die europäischen Finanzoligarchien zu „ihrer“ EU verhalten, was die Konflikte innerhalb der EU sind, was sie mit der Lage der Werktätigen zu tun haben, und was wir für unseren Wahlkampf daraus für Schlussfolgerungen ziehen. Im Sinne unserer antimonopolistischen Strategie gilt es hier sehr genau zu untersuchen, wo Bruchlinien zwischen der Agenda der Finanzoligarchie, den „1 Prozent“, und der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung verlaufen und wie wir sie nutzen können.

Wenn wir es uns einfach machen wollten, würden wir uns auf unsere bekannten und beschlossenen Positionen zurückziehen und sagen: Wir kritisieren die EU grundsätzlich als imperialistisches Projekt unter deutscher Dominanz, wir sagen „NEIN zu dieser EU der Banken und Generäle“, wir lehnen eine Teilnahme in jeglicher Form an der EL als einer reformistischen Partei ab und wir kandidieren selbständig als DKP. Klingt erst mal gut, aber haben wir damit tatsächlich die politische Lage sowohl der herrschenden als auch der Linkskräfte präzise erfasst?

Mir scheint, dass sich die politischen Koordinaten innerhalb der Linkskräfte, auch einiger EL-Mitgliedsparteien seit den letzten Europawahlen verschoben haben. So ist es bemerkenswert, dass die einstige EU- und Euro-Euphorie in einigen EL-Mitgliedsparteien verflogen ist. Spektakulär die Forderung der französischen Parti de Gauche im Januar dieses Jahres, die griechische SYRIZA aus der EL auszuschließen. Jean-Luc Melenchons Begründung: »wie ohne jeden Zweifel für viele andere Mitgliedsparteien der Europäischen Linken«, sei es »unmöglich« geworden, mit den griechischen Linken weiter in einem Zusammenschluss zu kooperieren. Der von SYRIZA gestellte Ministerpräsident Alexis Tsipras treibe

»seine Austeritätspolitik« voran und hebele in- zwischen sogar das Streikrecht aus. Mit seiner Politik bediene Tsipras die Interessen von EU und Internationalem Währungsfonds, so die PdG. Und weiter: »Die Europäische Linkspartei kann in ihren Reihen nicht gleichzeitig Befürworter und Gegner eines solchen Europas organisieren«.

Auch in der PDL wird die Diskussion geführt, allerdings hat hier die pro-EU-Haltung nach wie vor Oberwasser. So wird Melenchon vorgeworfen, zur Europawahl 2019 eine eigene europäische Liste in Konkurrenz zur EL aufstellen zu wollen. Doch auch innerhalb und außerhalb der PDL findet eine solche EU- und eurokritische Position, wie sie von Lafontaine und Wagenknecht propagiert wird, Gehör. Das Bemerkenswerte ist m. E., dass die EU-Verträge ganz oder teilweise als nicht mehr reformierbar angesehen werden – eine Haltung, die sich von der der EL und ihren Illusionen in die soziale Reformierbarkeit der EU unterscheidet und Gemeinsamkeiten mit unseren Positionen hat. Wir sollten hierzu in den kommenden Monaten eine gründliche Vorarbeit leisten, um zunächst eine inhaltliche Stoßrichtung für unseren Wahlkampf und gleichzeitig eine Haltung zu Kräften der EU-kritischen Linken zu bestimmen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Patrik hat bei seinem Besuch in der VR China mehrfach dem Volk der VR China und der KP Chinas für die Statue von Karl Marx, die die Volksrepublik der Stadt Trier geschenkt hatte, gedankt. Warum? Erstens wurde damit ein unerträglicher Zustand beendet, dass der größte Sohn dieser Stadt und auch einer der größten Söhne dieses Landes in seiner Geburtsstadt nur eine untergeordnete Rolle spielte.

Zweitens verwies er darauf, dass uns gemeinsam mit der SDAJ damit eine gute Chance gegeben war, der Verballhornung von Karl Marx, dem Marxismus, der revolutionären Weltanschauung entgegenzuwirken, und zwar in der Theorie und in der Praxis.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ihr wisst alle, dass sowohl die SDAJ als auch die DKP in Rheinland-Pfalz, in Trier in einer Situation des Neuanfangs stehen. Da war es schon ein Wagnis, eine Demonstration und eine Konferenz durchzuführen. Wir können aber sagen, vor allem dank des großen Engagements der SDAJler und der Mitglieder unserer Partei in Trier und in Rheinland-Pfalz wurde das zu einem riesigen Erfolg. Die Demo führten wir, auf Initiative unserer Genossinnen und Genossen in Trier, als Bündnisdemonstration, unter anderem mit der Linkspartei und solid unter dem Motto „Nieder mit dem

Kapitalismus“ durch. Es war eine laute, bunte sozialistisch/kommunistische Kampfdemonstration. Wir bedanken uns auch bei Genossinnen und Genossen unserer Schwesterparteien aus vielen Ländern – ich nenne beispielhaft Luxemburg und Großbritannien. Ich denke, es liegt eine längere Zeit zurück, dass Trier so etwas erlebt hat – ich gebe zu, dass Einheit und Widerspruch zwischen Spargelständen auf dem Markt und unserer Demo mittendrin uns auch beeindruckt haben.

Spannend war dann auch, dass wir mit unserer Abschlusskundgebung – sowohl bei Demo als auch bei der Kundgebung waren wir hunderte von Teilnehmerinnen – sowohl auf die offizielle Festveranstaltung einwirkten, als auch die zwar kleinen, aber medial gut begleiteten Aufmärsche von Rassisten der AfD, als auch Faschisten der NPD in die Schranken wiesen.

Wenn wir dieses Wochenende nicht gemacht hätten, hätten wir in Trier, der Geburtsstadt von Marx, den Geburtstag von Marx den Bürgerlichen, den Rassisten und Faschisten überlassen. Gut, dass wir das nicht gemacht haben. Wir haben Marx geehrt, wie er es verdient, nicht mit seiner ideologischen Kastration, sondern mit einer Demonstration mit roten Fahnen und einer Konferenz, die ihm und seinem Werk würdig war.

Die Konferenz und die Fete waren genauso spannend, wir danken allen, die sich mit Beiträgen, mit Kultur einbrachten – immerhin über hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer, das ist nicht nur für Trier toll. Danke auch an Genossen Ramon Ripoll, den Botschafter der Republik Kuba, der uns mit seinem Beitrag begeisterte. Das Ganze war so gut, dass es auch zu einer Anfrage der AfD führte, wie das denn ginge, dass wir solch eine Konferenz durchführen – wenn deine Gegner und Feinde dich loben, dann haben wir wohl vieles richtig gemacht. Ja, der Bundesvorstand der SDAJ und wir als Parteivorstand der DKP haben das unterstützt, aber neben dem Dank an das chinesische Volk für die Statue gebührt der Dank den Genossinnen und Genossen in Trier und Rheinland-Pfalz.

Diese werden uns auch noch bei zwei weiteren politischen Highlights dieses Jahres gute Gastgeberinnen und Gastgeber sein: Bei unserer diesjährigen Aktion gegen das US-Atomwaffen-depot in Büchel im Juli und vorher bei der Massen-Blockade der Airbase Ramstein.

In diesem Sinne: Machen wir dieses Jahr zum Jahr des Friedens, nutzen wir die verbreitete Friedensstimmung in der Bevölkerung, nutzten wir auch die Fußball-WM, um unsere Losung „Frieden mit Russland“ überall zu verbreiten und helfen wir mit, die 100.000 Unterschriften bei „abrüsten statt aufrüsten“ bald zu knacken!

2. Tagung des Parteivorstandes 16./17. Juni 2018, Essen

Beschlüsse

Büchel dicht machen!

Im Beschluss des 22. Parteitages „Für Frieden, Arbeit, Solidarität – DKP stärken“ und in unserem Herangehen an die Kampagne der Friedensbewegung „abrüsten statt aufrüsten“ ist unsere Blockadeaktion in Büchel bereits als ein zentraler Aktionstag beschlossen.

Wir knüpfen damit an unsere Aktionen 2016 und 2017 im Rahmen der 20wöchigen Aktionspräsenz der Friedensbewegung und der Initiative „Büchel ist überall – atomwaffenfrei jetzt!“ vor dem Fliegerhorst in Rheinland-Pfalz an. In Büchel lagern 20 US-Atombomben, die im Rahmen der sogenannten „nuklearen Teilhabe“ von Bundeswehripiloten geflogen und im Kriegsfall abgeworfen werden können. Im Rahmen der NATO-Aufrüstungspläne und der zunehmenden NATO-Aggression sollen die Atomwaffen modernisiert werden. Die DKP fordert stattdessen den sofortigen Abzug der US-Atomwaffen aus Büchen, das Ende der „nuklearen Teilhabe“ und den Austritt Deutschlands aus der NATO.

Die Aktionspräsenz der DKP in Büchel findet vom 19. – 22. Juli 2018 statt. Sie wird gemeinsam vom Parteivorstand der DKP, der Bezirksorganisation der DKP Rheinland-Pfalz und der SDAJ Rheinland-Pfalz organisiert. Wir laden erneut unsere GenossInnen der Vier-Parteien-Konferenz, also VertreterInnen der Kommunistischen Parteien aus den Niederlanden, Luxemburg und Belgien ein.

Wir mobilisieren bundesweit nach Büchel mit dem Ziel die TeilnehmerInnenzahl von 2017 zu verdoppeln. Insbesondere die Bezirke und Landesorganisationen Saarland, Ruhr- und Rheinland-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg sind aufgerufen, konkrete Zielzahlen zu benennen und abzusichern.

Der Parteivorstand gibt in Zusammenarbeit mit der DKP Rheinland-Pfalz geeignete Materialien zur Mobilisierung heraus und beteiligt sich mit 500 Euro an der Finanzierung des Aktionstages.

Wir orientieren auf die Anreise am Donnerstag Nachmittag, den 19. Juli 2018. Die Höhepunkte der Aktionstage sind:

- Aktion am Freitag Vormittag, den 20. Juli 2018
- Internationale Antikriegskundgebung Samstag Mittag, den 21. Juli 2018

Weitere Programmpunkte sind:

- Aktionstraining am Donnerstag
- Unterschriftensammlung „abrüsten statt aufrüsten“ u. a. in Cochem
- Diskussion zur Rüstungskonversion mit Anne Rieger, Bundesausschuss Friedensratschlag
- Diskussion zur Geschichte und Erfahrungen der Frauenfriedensbewegung
- Gesprächsrunde mit VertreterInnen der „Vier Parteien“
- Arbeiterlieder am Lagerfeuer

Für den Parteivorstand sind Michael Grüß und Wera Richter vor Ort verantwortlich.

(einstimmig beschlossen)

Neugründung der Bezirksorganisation Südbayern

Der Parteivorstand unterstützt die Pläne des Koordinationstreffens der Gruppen in Südbayern vom 5.05.2018 und beschließt unter Anwendung von Artikel 7 (1. Absatz) des Statuts der DKP die Bildung (Neugründung) der Bezirksorganisation Südbayern der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Der Parteivorstand lädt hierfür zu einer ordentlichen Mitgliederversammlung alle Genossinnen und Genossen im Gebiet der ehemaligen Bezirksorganisation Südbayern ein. Die Versammlung soll im Herbst 2018 stattfinden. Eine Terminfindung erfolgt in Abstimmung mit den Gruppenvorständen in Südbayern.

(einstimmig beschlossen)

Themenplan für die PV-Tagungen 2018

Auf den Tagungen des Parteivorstandes in diesem Jahr setzen wir folgende Schwerpunktthemen:

3. PV-Tagung,	18./19. August 2018:	Marxistische Theorie- und Bildungsarbeit
4. PV-Tagung,	6./7. Oktober 2018:	Kommunalpolitik der DKP
5. PV-Tagung,	8./9. Dezember 2018:	Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

(einstimmig beschlossen)

Sanierung der Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen

Das Haus der Kulturvereinigung Leverkusen e.V. soll langfristig als zentrale Parteischule der DKP erhalten werden. Für diesen Zweck muss das Haus saniert und der Standard für Tagungen und Übernachtungen verbessert werden. Die Bausubstanz wurde durch die Gen. Andreas H. (Architekt) und Ansgar S. (Bautechniker) untersucht und positiv bewertet. Erste Umbaupläne liegen vor.

Durch eine zweckgebundene Großspende ist die finanzielle Basis für die Sanierung der KLS gesichert. Weitere notwendige Finanzmittel sollen durch die Kulturvereinigung sowie durch eine Spendenkampagne, beginnend auf dem UZ-Pressfest 2018, aufgebracht werden. Nach einer ersten Kalkulation kann der Finanzbedarf mit diesen Mitteln bestritten werden, es besteht aus heutiger Sicht für die Partei kein finanzielles Risiko. Details dazu folgen im Finanzierungskonzept, das dem PV vorgelegt wird. Sollten diese Mittel nicht ausreichen, ist eine erneute Entscheidung des PV nötig.

Das Sekretariat des PV wird beauftragt, in Abstimmung mit der Kulturvereinigung Leverkusen e.V. als Eigentümerin des Hauses sowie der Leitung der Karl-Liebknecht-Schule ein Nutzungs-, Sanierungs- und Finanzierungskonzept zu erarbeiten. Der Gen. Klaus Leger leitet das Projekt und koordiniert die anstehenden Aufgaben. Das Sekretariat erstattet dem PV fortlaufend Bericht über den Fortschritt des Projektes.

(einstimmig beschlossen)

100 Jahre Novemberrevolution – 100 Jahre KPD – Für eine Ostsee als Meer des Friedens

Anlässlich des 100. Jahrestages der Novemberrevolution führt die DKP am Samstag, den 03. November 2018, einen bundesweiten Aktionstag in Kiel durch. Hierzu wird sie bundesweit mobilisieren.

Der Aktionstag soll dabei wie folgt ablaufen:

Samstag, 03. November 2018:

- 10:00 – 13:00 Uhr **Workshops der SDAJ in Kiel**
- 13:30 Uhr **Eigener DKP- & SDAJ-Sammelpunkt und Auftakt geplant,
dann gemeinsamer Marsch zur Bündnisdemo**
Ort: tba
- 14:00 – 17:00 Uhr **Bündnisdemonstration „Auf der Route der Matrosen“**
(Die Demo wird der historischen Marschroute der aufständischen Matrosen vom ehem. Flottenstützpunkt, über diverse Firmensitze bei denen sich die Arbeiter*innen solidarisierten, bis in die Kieler Innenstadt folgen)
- 18:00 – 23:30 Uhr **DKP Veranstaltung**
**„100 Jahre Novemberrevolution – 100 Jahre KPD
– Für eine Ostsee als Meer des Friedens“**
Im „Legienhof“, Gaststätte im Gewerkschaftshaus Kiel
(Legienstraße 22, 24103 Kiel)
- 18:00 – 18:45 Uhr **Begrüßung & Rede des DKP Parteivorsitzenden**
(Inhaltlich: 100 Jahre Novemberrevolution – 100 Jahr KPD,
Die wahren Ziele der Arbeiter- & Soldatenräte: „Sozialismus oder Barbareil“,
Notwendigkeit der Kommunistischen Partei, Friedensfrage untrennbarer Bestandteil kommunistischer Politik, daher heute „Ostsee Meer des Friedens“ schaffen!)
- 19:00 – 21:30 Uhr **Podiumsdiskussion**
„Für eine Ostsee als Meer des Friedens“
(Inhaltlich: Friedensfrage, Gegen NATO-Aufmarschgebiet an der Russischen Ostgrenze und NATO-Manöver auf der Ostsee, Wie organisieren wir gemeinsamen Widerstand,
Teilnehmer*innen: DKP & Vertreter*innen von
Kommunistischen Parteien der Ostsee-Anrainerstaaten,
Moderation: Günter Pohl)
- 22:00 – 23:30 Uhr **Kulturveranstaltung**
(tba)

Sonntag, 04. November 2018: OPTIONAL

- ca. 10:00 Uhr **Kranzniederlegung am Ehrenmal der Gefallenen des Matrosenaufstands,
Friedhof Eichhof, Kiel**

(einstimmig beschlossen)

Begründung:

Ein Jahr nach dem Sieg der großen sozialistischen Oktoberrevolution in Russland entzündete der Kieler Matrosenaufstand Anfang November 1918 das Feuer der Revolution in Deutschland.

Ihr unmittelbarer Auslöser war der Flottenbefehl der Seekriegsleitung vom 24. Oktober 1918. Er sah vor, die deutsche Hochseeflotte trotz der bereits feststehenden Kriegsniederlage Deutschlands in eine letzte Schlacht gegen die britische Royal Navy zu entsenden. Gegen diesen Plan richtete sich die Meuterei einiger Schiffsbesatzungen, die in den Kieler Matrosenaufstand mündete. Dieser wiederum entwickelte sich innerhalb weniger Tage zur Revolution, die das ganze Reich erfasste.

Er wurde Fanal und besiegelte das Ende des ersten imperialistischen Weltkrieges und des Kaiserreichs. Millionen Menschen standen auf gegen Armut, Unterdrückung und das sinnlose Morden, welches wenige Profiteure auf Kosten der Massen verordnet hatten. Überall in Deutschland bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte.

Die Alternative eines anderen, sozialen und direkt-demokratischen, weil sozialistischen, Deutschlands war greifbar!

Aus der revolutionären Kraft und der Vision einer besseren Gesellschaft entstand die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) als Trägerin all' dieser Ideale.

100 Jahre nach der Novemberrevolution versuchen aktuell in Schleswig-Holstein SPD und Gewerkschaften die damaligen Ereignisse als „Geburtsstunde der bürgerlichen Demokratie“ heutiger Prägung umzudeuten.

Zudem werden die Ostsee und viele Ostseeanrainerstaaten seit geraumer Zeit wieder zum Aufmarschgebiet der NATO um mit Manövern gegen Russland „Stärke zu demonstrieren“.

Gerade im Rahmen der aktuellen antimilitaristischen Ausrichtung der Partei, u. a. mit der Unterstützung des Aufrufes „Abrüsten statt Aufrüsten“, würde es uns gut zu Gesicht stehen hier ein deutliches Gegensignal unter dem Motto „Sozialismus oder Barbarei!“ zu setzen.

Dies würde umso stärker wirken, wenn wir eine Vernetzung mit anderen Kommunistischen Parteien der Ostsee-Anrainerstaaten / Skandinaviens herstellen können um die alte DDR Forderung nach der „Ostsee als Meer des Friedens“ wieder mit neuem Leben zu füllen.

2. Tagung des Parteivorstandes 16./17. Juni 2018, Essen

Weitere Materialien

Informationen zur Situation der DKP Brandenburg

In der Landesorganisation Brandenburg ist es vor und nach dem 22. Parteitag zu einer sich zuspitzenden Auseinandersetzung gekommen. Darüber wurde der Parteivorstand mehrfach informiert.

Auf der 1. PV-Tagung wurde darüber informiert, dass es sowohl zu einer Landesdelegiertenkonferenz kommen würde, die vom alten Landesvorstand einberufen wurde, als auch zu einer Landesmitgliederversammlung, die auf Verlangen von mehr als einem Drittel der Mitglieder entsprechend des Statuts der DKP durchzuführen ist.

Im Folgenden dokumentieren wir die Erklärung des Sprecherinnenrats, der auf dieser Versammlung gewählt wurde und einen Beitrag von Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP. Er hatte an dieser Landesmitgliederversammlung teilgenommen und informierte darüber die 2. PV-Tagung.

Erklärung des Landesvorstandes zur außerordentlichen Landesmitgliederversammlung der DKP Brandenburg vom 2. Juni 2018

(Diese Erklärung wurde am 6. Juni 2018 an den Parteivorstand und seine ständigen Gäste gesandt)

Am 2. Juni 2018 fand die per Mitgliederentscheid einberufene außerordentliche Landesmitgliederversammlung (LMV) der DKP Brandenburg statt. Der Einladung sind 46 stimmberechtigte Genossinnen und Genossen gefolgt. Unser Parteivorsitzende Patrik Köbele wurde von den Mitgliedern eingeladen, den 22. Parteitag auszuwerten. Wir haben uns gefreut, dass Patrik diesem Wunsch unmittelbar nach seiner Rückkehr aus China nachgekommen ist und danken ihm an dieser Stelle nochmals außerordentlich.

Die anwesenden Mitglieder haben auf ihrer Versammlung eine neue Landesleitung gewählt. Die Mehrheit der Mitglieder hat sich für das Sprechermodell entschieden. Für die Wahl des Sprecherrats waren von 41 abgegebenen Wahlzetteln 13 ungültig.

In den Sprecherrat wurden mit jeweils 28 Stimmen folgende Genossinnen und Genossen gewählt:
Gisela V. (GO Cottbus)
Stefanie K. (GO Potsdam und Umland)
Lothar N. (GO Königs Wusterhausen)

Als weitere Landesvorstandsmitglieder wurden folgende Genossinnen und Genossen gewählt:
Karin H. (GO Schwedt)
Helmut B. (GO Eberswalde)
Horst D. (GO Brandenburg/ Havel)
Nils B. (GO Strausberg)
Thomas M. (GO Königs Wusterhausen)
Uwe D. (GO Teltow-Fläming).

In die Landesschiedskommission wurden gewählt:
Regina D. (GO Teltow-Fläming)
Werner B. (GO Brandenburg/ Havel)
Werner G. (GO Fürstenwalde)

In die Landesrevisionskommission wurden gewählt:

Regina M. (GO Potsdam und Umland)
Wilfried K. (keine GO)

Mit der Wahl ist es uns gelungen, die Mehrheit der Grundorganisationen direkt den Landesvorstand anzubinden.

Die am 27. Mai 2018 auf der außerordentlichen Landesdelegiertenkonferenz Brandenburg durchgeführten Wahlen wurden von der LMV für ungültig erklärt. Der vorherige Landesvorstand wurde nur teilweise entlastet. (...)

Die Mitglieder des Landesverbandes Brandenburg haben eine Reihe konkreter Vorhaben beschlossen. Dazu zählen:

- Handlungsorientierung für die bundesweite Kampagne "Abrüsten statt Aufrüsten" .
- Erklärung „Nein zu US-Militärtransporten – Ja zu Frieden mit Russland!“
- allgemeine Handlungsorientierung für die Arbeit des Landesverbandes
- kommunalpolitische EntschlieÙung
- Mobilisierung zum UZ Pressefest
- Wiederherausgabe des „Roten Brandenburger“

Die außerordentliche LMV distanziert sich in aller Form vom Verratsvorwurf gegenüber dem Gen. Dieter F. durch einzelne Mitglieder des ehemaligen Landesvorstands und fordert diese auf, den Verratsvorwurf zurück zu nehmen. Der Landesvorstand wurde beauftragt, mit dem Genossen Dieter F. ein Gespräch über den Wiedereintritt in die DKP zu führen.

Die Mitglieder des neu gewählten Landesvorstands sind sich bewusst, dass die Zerwürfnisse in der Landesorganisation nicht durch die LMV überwunden sind. Etwa ein Dutzend Genossinnen und Genossen haben die LMV vorzeitig verlassen. In diesem Sinne, sieht der neue Landesvorstand sich einerseits in der Verantwortung, dass Gespräch mit den Genossinnen und Genossen zu suchen, die mit den Ergebnissen der LMV nicht übereinstimmen und nach Wegen für eine Zusammenführung der Landesorganisation zu suchen.

Gleichzeitig erwarten wir von den Genossinnen und Genossen, insbesondere von dem ehemaligen Landesvorsitzenden Mario B. und dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Manfred E. sowie dem ehemaligen Landeskassierer Andreas Z., dass sie:

- Verantwortung dafür übernehmen, dass die ordnungsgemäÙe Übergabe an den neu gewählten Landesvorstand erfolgen kann.
- Die Beschlüsse der LMV respektieren und deren Umsetzung als Mitglieder der Landesorganisation gewährleisten

Die Mitglieder des neu gewählten Landesvorstandes bedanken sich für die sehr gute kollektive Leistung der Durchführung der Versammlung und dem Präsidium für die konsequente Leitung der Versammlung. Weiterer Dank gilt der Grundorganisation Strausberg für die organisatorische Vorbereitung und die kulinarische Versorgung während der Landesmitgliederversammlung. Beim Gen. Karl D. bedanken wir uns für die beson- nene Eröffnung der Versammlung.

Die Mitglieder des Landesvorstandes am 3. Juni 2018

Stellungnahme von Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP auf der 2. Parteivorstandstagung

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich hatte auf der letzten PV-Tagung über die Entwicklung in Brandenburg informiert und ebenfalls angekündigt, dass ich an der außerordentlichen Landesmitgliederversammlung am 2. Juni teilnehmen werde. Ich hatte ebenfalls informiert, dass die vom alten Landesvorstand einberufene Landesdelegiertenkonferenz, eine Woche zuvor, auf einen Termin gelegt worden war, bei dem die Genossen wussten, dass ich terminlich verhindert war.

Nun habt ihr, hat die Partei natürlich auch ein Recht zu erfahren, wie ich die außerordentliche Landesmitgliederversammlung und ihre Ergebnisse bewerte.

- 1) Die Landesmitgliederversammlung war entsprechend unseres Statutes von mehr als einem Drittel der Mitglieder einberufen worden. Sie war m.E. statutengerecht und legitimiert. Auch in der Versammlung selbst, an der beide „Positionen“ der Landesorganisation teilnahmen, bezweifelte nie-

mand die Legitimität der Versammlung. Von Genossen Mario Berrios wurde sie mehrfach bestätigt.

- 2) Ich bin sicher, dass die Landesmitgliederversammlung mit ihren Beschlüssen, mit ihren Wahlen den Mehrheitswillen der Mitglieder der Landesorganisation zum Ausdruck gebracht hatte. Es nahmen auch mehr als die Hälfte der Mitglieder der Landesorganisation teil.
- 3) Die Situation war sicherlich durchgehend recht angespannt, trotzdem wurden alle Beschlüsse mit einer deutlichen Mehrheit, bei den meisten Abstimmungen mit 2/3-Mehrheiten oder mehr gefasst.
- 4) Die Anspannung ergab sich auch aus formalen Streitigkeiten. So weigerten sich Genossinnen und Genossen, die die Ergebnisse der eine Woche zuvor durchgeführten Landesdelegiertenkonferenz favorisierten, anfangs, Mandatsprüfungsbögen auszufüllen, da es sich ja um eine Mitgliederversammlung handle.
- 5) Die Anspannung und die formalen Streitigkeiten führten sicherlich auch zu wenigen, kleinen formalen Ablaufstreitigkeiten. An keinem Punkt konnte man allerdings auch nur im Entferntesten vermuten, dass dies andere Mehrheitsverhältnisse hervorgebracht hätte.

Deshalb ist es für mich eindeutig, dass die Beschlüsse der a.o. LMV, die ich politisch alle für richtig halte, eine gute Grundlage sind, um eine nach vorne gerichtete Arbeit der Landesorganisation zu organisieren und dabei hoffentlich auch wieder zusammenzuführen.

Deshalb ist für mich auch eindeutig, dass die gewählte Leitung statutarisch die Leitung der Landesorganisation und damit auch unser Ansprechpartner ist. Dazu kommt, sie ist vom Mehrheitswillen der Mitglieder getragen und sie bietet m.E. die Chance, für die Überwindung der jetzigen Situation zu wirken.
